

Mittwoch, 5. Mai 2021

Danke für die Offenheit

Zur Kolumne «Nein, ich mach hier nicht auf Lebensberater», Ausgabe vom 1. Mai

Wortgewandt unterhalten sich der 76-jährige Ludwig Hasler und die 26-jährige Samantha Zaugg über das Stauen am Bach und über Konzentration in Zeiten von Social Media. Zwei Generationen suchen den Dialog und erklären ihre Welt. Das finde ich fantastisch, und ich lese die Kolumnen ausgesprochen gerne. Den Protagonisten danke ich für ihre Offenheit und hoffe auf viele weitere Beiträge!

Daniela Baumann, Emmenbrücke

Adresse für Leserbriefe

Die E-Mail-Adresse für Leserbriefe lautet forum@luzernerzeitung.ch. Bitte geben Sie bei jedem Brief Ihre vollständige Adresse und Telefonnummer an. Sie können Ihren Leserbrief aber auch über www.luzernerzeitung.ch direkt hochladen. Jeder in der Zeitung veröffentlichte Leserbrief erscheint auch auf www.luzernerzeitung.ch.

Berechtigte Lohnkritik

«Rigi Bahnen AG: Kleinaktionäre fordern Lohnrückzahlung der Chefs», Ausgabe vom 1. Mai

Unsere Kritik als Aktionärsgruppe der Rigi Bahnen AG an den unstatthaft bezogenen Löhnen 2020 der Geschäftsleitung (GL) von 279 448 Franken, mitten in einer grossen Krise und angesichts des alarmierenden operativen Verlusts von 2,37 Mio. Franken und der dramatisch knappen Liquidität, ist berechtigt. Sie ist ausserdem im Interesse der über 5500 Kleinaktionäre.

Im Bericht dieser Zeitung beschwichtigt der Verwaltungsratspräsident (VRP). Er zeigt – völlig befremdlich – «Unverständnis», anstatt einzuräumen, dass die Geschäftsleitung (GL) im Krisenjahr 2020 in absoluten Zahlen und Prozenten bei einem von 28 964 500 auf 19 039 811 Franken dramatisch geschrumpften Nettoerlös mehr Lohn von 803 043 Franken beziehungsweise 4,21 Prozent des Nettoerlöses bezogen hat. 2019 betrug der Lohn der GL 797 909 Franken, 2,75 Prozent (!) des Nettoerlöses. Die 215 Mitarbeitenden (23 weniger als 2019) führen eine anspruchs-

volle und sicherheitsrelevante Tätigkeit aus. Viele verdienen unter 30 Franken pro Stunde. Dass die wegen der Coronakrise vom Verwaltungsrat ergriffenen «personellen Massnahmen», um «das Schadensausmass einzugrenzen», in keiner Weise erwähnt werden, lässt tief blicken. Mehr Lohn für die GL im Krisenjahr 2020, unsolidarische Massnahmen auf dem Buckel der Mitarbeitenden (in Kurzarbeit erhalten diese nur 80 Prozent Lohn), und wegen des Covid-19-Überbrückungskredits die Aktionärsdividende zu streichen, ist zynisch. Das alles steht diametral zur Vergrösserung der GL auf fünf Mitglieder im Krisenjahr 2020. Ab Herbst 2019 bis Frühling 2020 war die GL mit nur drei Personen besetzt und es hat funktioniert.

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Die Rigi Bahnen AG ist auf Stufe VR und GL zu gross und zu teuer besetzt. Dies verursacht hohe Kosten zu Lasten des Unternehmens, der Mitarbeitenden und des Aktionärs.

Aktionärsgruppe der Rigi Bahnen AG, René Stettler, Rigi Kaltbad; Priska Baur, Zürich; Antoinette Schmid, Rigi Kaltbad Ivo Voehringer, Weggis/Rigi Kaltbad

Es gibt keinen «Klimateufel»

Zum Leserbrief «Ersatzreligion Klimawandel», Ausgabe vom 21. April

In seinem Leserbrief breitet Thomas Hodel ein paar satt-sam bekannte Argumente für das Nichtstun in Sachen Klimawandel aus. Nur einem davon möchte ich hier entgegentreten, nämlich eben der Abqualifizierung des Klimaengagements als «Ersatzreligion». Zunächst einmal: Die Feststellung, dass wir eine nicht-natürliche globale Erwärmung erleben, die von unserem Ausstoss von CO₂ und anderen Treibhausgasen verursacht wird, ist kein Glaubenssatz. Sie ist eine wissenschaftliche Aussage. Praktisch alle Klimawissenschaftler stimmen darin überein (mit Ausnahme einer kleinen und zumeist von der fossilen Lobby gesponserten Minderheit).

Und das Engagement für Massnahmen gegen diesen Klimawandel im Bewusstsein von katastrophalen Folgen ist nicht mit religiöser Inbrunst zu verwechseln. Es könnten durch den Klimawandel ganze Länder unbewohnbar werden, was hundertmillionenfache Flucht und vielleicht Krieg nach sich ziehen würde.

Weiter: Die Klimabewegten hängen keinem Glauben an einen «Klimateufel» an, wie Herr Hodel behauptet. Die Ursachen klimaschädlichen Verhaltens sehen sie nicht in irgendeinem bösen Prinzip, sondern in Faktoren wie Gedankenlosigkeit, Verantwortungslosigkeit, Bequemlichkeit und natürlich in handfesten materiellen Interessen.

Letzteres bedeutet auch, dass die im CO₂-Gesetz vorgesehenen Preiserhöhungen auf fossilen Treibstoffen nicht die Funktion von Ablassbriefen erfüllen sollen, wie Herr Hodel behauptet. Es handelt sich vielmehr um Lenkungsabgaben: Durch die gesetzliche Verschiebung von Rahmenbedingungen bezüglich Kosten und Anreizen soll die technische Entwicklung stärker in Richtung Klimaneutralität gelenkt werden. Dass dies funktionieren kann, lässt sich daran ablesen, dass praktisch alle grossen Autohersteller auf E-Antrieb umschwenken. Wenigstens in diesem zurechtblickenden Blick auf die technische Entwicklung bin ich mit Herrn Hodel einig.

Urs Aeschbacher, Aitdorf

Lawinensuchgerät: Lange Geschichte

«Verkauf einer Schweizer Firma: Was ist dran an diesem Mammut?», Ausgabe vom 1. Mai

Im Beitrag zum Verkauf der Firma Mammut (Seon) an die britische Telemos Capital wurde insbesondere auch auf die lange Geschichte der Firma eingegangen. Im Beitrag wurde unter anderem erwähnt, dass Mammut das Lawinensuchgerät (LVS) Barryvox entwickelt habe.

Dies entspricht aber nicht den Tatsachen: Die ursprüngliche Entwicklung wie auch die Produktion erfolgten ab Anfang der Siebzigerjahre bei Autophon, später Ascom.

Ich habe im Internet eine umfangreiche Dokumentation zur Geschichte des Barryvox gefunden. Der Autor Felix Meier hat als Ingenieur ETH damals selber bei Autophon gearbeitet und kennt die Barryvox-Geschichte dadurch aus erster Hand. Sein Werk «Barryvox, eine faszinierende Geschichte» ist im Internet unter www.felmeier.com zu finden.

Sepp Amstad, Stans

Löwenzahn im Abendrot



Ein letzter Blick auf diese Pustebumen. Wer weiss, vielleicht trägt der Wind schon in der Nacht die Samen weg.

Bild: Daniel Hegglin, Zug

Es fehlt ein Plan für die Stromerzeugung

Zur eidgenössischen Abstimmung über das CO₂-Gesetz am 13. Juni

Für ein durchdachtes Energiegesetz bin ich auch. Dieses muss aber zwingend aufzeigen, wie wir in 20 Jahren den benötigten Strom herstellen wollen. Wenn wir die AKW abgestellt haben, Elektroautos fahren, mit Wärmepumpen elektrisch heizen, dann ist im Winter ein Kollaps vorprogrammiert. In Deutschland müssen sie jetzt

schon an kalten Wintertagen mit Kohle und Gasgeneratoren den fehlenden Strom dreckig herstellen.

Wollen wir die vielen grünen und grünliberalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier subventionieren, die sich als die grössten Klima-Profitere etabliert haben? Diese in der Öko-Industrie Involvierten würden uns in Bälde eine Überproduktion von Solarenergie beschreiben, die dann, wie zum Beispiel

jetzt schon in Deutschland, von den Bundesbahnen durch Heizen der Waggons im Sommer wieder vernichtet werden müsste. Wir brauchen Energieerzeuger, die uns 24 Stunden, und dies ganzjährig, saubere Bandenergie liefern.

Mit einem Nein zu diesem Energiegesetz machen wir den Weg frei zu einem Energiegesetz, das diesen Namen auch verdient.

Josef Blättler, Ennetbürgen

Sind die Vorlagen extrem oder zukunftsweisend?

Zur eidgenössischen Abstimmung über die beiden Agrarinitiativen am 13. Juni

Die Initiativen sind nicht fertige Lösungen, wohl aber der mögliche entscheidende Wendepunkt hin zu einer zukunftsfruchtigen, ressourcenschonenden, effizienteren Landwirtschaft. Wir haben es in der Hand. Erstens als Steuerzahler: Weg von bedingungslosen Direktzahlungen von jährlich mehreren Milliarden Franken und damit von falschen ökologischen und ökonomischen Anreizen für Landwirtschaftsbetriebe und die Agrarindustrie. Keine Finanzierung mehr von Schäden an unserer Umwelt, deren Behebung wir dereinst auch wieder bezahlen. Setzen wir stattdessen auf die wachsende Zahl von innovativen Betrieben und Unternehmen, die bereits umweltgerecht produzieren und am Markt bestehen.

Zweitens als Konsument: Hinterfragen wir unsere Ernährungsgewohnheiten, beschränken wir uns auf den Konsum von weniger aber gesunden Lebensmitteln und vor allem: Schränken wir die Verschwendung von Nahrungsmitteln rigoros ein. Die möglicherweise bis zu 30 Prozent tiefere Nachfrage definiert neue Angebotsgleichgewichte: höhere Qualität zu verkraftbaren Preisen, qualifizierte Beschäftigung, bessere Kostenvahrheit, Subventionen nur noch für umweltgerechtes Handeln dort, wo es nicht anders geht. Und vor allem keine Angst vor angeblichen Nebenwirkungen wie Beschäftigungseinbruch und Preisexplosionen. Diese sind über

Marktumbrüche gut beherrschbar.

Drittens als Wähler: Tauschen wir zum nächsten Wahltermin jene «Volksvertreter» des nationalen Parlamentes aus, welche die «Agrarpolitik 22+» versenkt und damit – ohne bessere Vorschläge – dringenden Reformen auf die lange Bank verholten haben. Problemlösungen und nicht die Beschreibung angeblich unlösbarer Probleme sind gefragt. Die Agrarinitiativen geben die Marschrichtung vor und acht Jahre Zeit zur Umsetzung. Die Initiativen sind die Chance für den Wendepunkt zum richtigen Weg. Deshalb unbedingt zweimal Ja!

Rudolf Freimann, Luzern

Die Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser» hat mit Trinkwasser nicht viel zu tun. Sie zielt hauptsächlich auf die Direktzahlungen der Bauern. Sie will diese Zahlungen all jenen Betrieben streichen, die irgendwelche Pflanzenschutzmittel einsetzen, prophylaktisch Antibiotika verwenden oder Futter für ihre Tiere zukaufen müssen. Damit ist auch der Biolandbau betroffen.

Obwohl die Bauernfamilien viele vorbeugende Massnahmen treffen, können sie nicht immer verhindern, dass Krankheiten oder Schädlinge ihre Obstanlagen, Gemüsegärten, Rebstöcke oder andere Kulturobjekte befallen, und damit die Ernte bedrohen. Für diesen Fall sind die Bauern darauf angewiesen, dass sie diese von den Behörden bewilligten Mittel verwenden können. Immer öfters kommen biologische

Mittel zum Einsatz. Der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft ist in den letzten zehn Jahren um 40 Prozent gesunken.

Der Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung hat sich gar halbiert. Dabei müssen bis zur Schlachtung eines Tieres strenge Wartefristen eingehalten werden. Die Gesundheit und das Tierwohl liegen den Bauern besonders am Herzen. Soweit es zur Genesung eines Tieres beiträgt, kommt vielfach Homöopathie zum Einsatz. Auch in dieser Hinsicht wurden in der Landwirtschaft in den letzten Jahren grosse Fortschritte erzielt. Ein grosses Dankeschön an die Bauern.

Fakt ist: Die extremen Agrarinitiativen senken die einheimische Lebensmittelproduktion auf tiefe 40 Prozent. Das heisst: Viel mehr importierte Lebensmittel aus aller Herren Ländern in den Verkaufsgregalen.

Der Einkaufstourismus wird massiv zunehmen. Das Klima wird dadurch mehr belastet. Das Essen wird viel teurer. Ungesunder Food-Waste wird gefördert. Die Versorgungssicherheit sinkt. Die Lebensmittelqualität nimmt ab. Rund 300 000 Arbeitsplätze in der Land- und Ernährungswirtschaft wären betroffen. Es wäre ein herber Rückschlag für die Biodiversität. Deshalb Nein zu den beiden Agrarinitiativen, denn sie verfehlen das Ziel. Sie gefährden die hochwertige, regionale und einheimische Produktion. Eine Annahme wäre somit ein Schuss ins eigene Bein.

Sepp Geisseler, Adligenswil